



HESSISCHER LANDTAG

18. 11. 2009

*Dem
Innenausschuss
überwiesen*

Dringlicher Berichts Antrag des Abg. Dr. Wilken (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Polizeieinsatz bei NPD-Demonstration am 7. November 2009 in Friedberg

Am 7. November 2009 hat in Friedberg eine NPD-Demonstration stattgefunden, bei der die angemeldeten Gegendemonstrationen und Kundgebungen teilweise von der Polizei massiv behindert wurden.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Im Laufe des Tages sind im Innenstadtgebiet Friedbergs immer wieder willkürliche Straßensperren errichtet worden, durch die nicht nur Demonstranten, sondern auch offensichtlich Unbeteiligte ihrer Bewegungsfreiheit beraubt worden sind. Wie bewertet die Landesregierung diesen Sachverhalt?
2. Am Nachmittag wurden ca. 400 Menschen - von Kindern bis Senioren - auf der Kaiserstraße eingekesselt. Ihnen wurde erst nach ca. zwei Stunden und nach Aufnahme ihrer Personalien sowie teilweise nach Abfilmen das Verlassen des Kessels erlaubt. Wie bewertet das die Landesregierung?
3. Da der "Kessel" nicht nur die Fahrstraße, sondern auch die Fußwege umfasst hat, wurden auch ungezählte Bürgerinnen und Bürger, die nicht an der Demonstration teilgenommen haben, sondern vom Einkaufen oder aus dem Café kamen, mit eingekesselt. Wie bewertet das die Landesregierung?
4. Zur Zeit des Kessels gab es noch mehrere angemeldete Versammlungen in Friedberg, an deren Teilnahme die eingekesselten Personen gehindert wurden und damit an der Ausübung ihres Versammlungsrechts. Wie bewertet das die Landesregierung?
5. Offenkundig wurden Mängel in der Polizeikommunikation, als mit einer Lautsprecherdurchsage auf der Kaiserstraße ein Einsatzleiter gesucht wurde, mit dem das weitere Vorgehen abgestimmt werden sollte. Wie bewertet das die Landesregierung?
6. Welche Maßnahmen z.B. Platzverweise oder Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs, insbesondere welche Hilfsmittel der körperlichen Gewalt (§ 55 Abs. 2 HSOG) und welche Waffen (§ 55 Abs. 3 HSOG) wurden gegen die - insbesondere eingekesselten - Personen angewandt?
7. Wurden Personen festgenommen oder in Gewahrsam genommen oder erkennungsdienstlich behandelt und wenn ja, wie viele und aus welchem Grund?
8. Gab es unter den - insbesondere eingekesselten - Personen Verletzte und wenn ja wie viele und welche Art von Verletzungen haben sie erlitten?

9. Soweit Personalien aufgenommen und abgefilmt wurde: An welche Stellen werden welche Daten gemeldet und in welchen Datenbanken und Verzeichnissen werden sie gespeichert?
Wann werden die Daten wieder gelöscht?
Werden die Betroffenen über die Speicherung und ggf. Löschung der Daten informiert?
10. Wie hoch sind die Kosten des Polizeieinsatzes?
11. Haben im Nachgang zur Demonstration Betroffene Widerspruch gegen polizeiliche Maßnahmen erhoben, Strafanzeige oder Strafantrag gegen Polizeibeamte gestellt oder sonstige Rechtsmittel - insbesondere Fortsetzungsfeststellungsklage - gegen polizeiliche Maßnahmen erhoben?
12. Ist es zutreffend, dass Betroffene, die Widerspruch erheben, Anzeige erstatten oder sich in sonstiger Weise auf Polizeidienststellen wegen der Übergriffe beschwert haben, zurückgewiesen und deren Beschwerden nicht aufgenommen wurden?
13. Wurden von NPD-Demonstranten Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten begangen und werden gegebenenfalls entsprechende Verfahren eingeleitet?

Wiesbaden, 18. November 2009

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler

Dr. Wilken